

Bericht  
über die trilaterale Konferenz  
**„Strategien der Geschichtspolitik in Europa seit 1989:  
Deutschland, Frankreich und Polen im internationalen Vergleich“**  
8.-10. November 2007  
von Andreas Mix \*)

Die Zukunft ist gewiss, doch die Vergangenheit veränderbar: Das Bonmot über die beständige ideologische Revision der Geschichte in den realsozialistischen Staaten lässt sich auf die Gegenwart übertragen. Die Zukunft, das ist ein integriertes Europa, und die Vergangenheit ein Spielfeld für die nationale Geschichtspolitik.

Während der Bundestag am geschichtsgesättigten 9. November ein Denkmal für Einheit und Freiheit auf den Weg brachte, der Kulturausschuss über das neue Gedenkstättenkonzept des Kulturstaatsministers beriet und die Dokumentationsstätte für Flucht und Vertreibung langsam institutionelle Kontur gewinnt, diskutierten Deutsche, Polen und Franzosen im Deutschen Historischen Museum über „Strategien der Geschichtspolitik in Europa seit 1989“.

Die dreitägige Konferenz veranstalteten das Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften, das Geisteswissenschaftliche Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas Leipzig und das Frankreich-Zentrum und Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin.

Das vielbeschworene **Weimarer Dreieck** hatte einmal mehr ungleiche Schenkel. Deutsch-französische Routine traf auf polnisch-deutsche Konflikte und französisch-polnisches Unverständnis.

Kazimierz Michał Ujadowski, Kulturminister der gerade abgewählten Kaczyński-Regierung, machte gleich deutlich, wer für die Misere verantwortlich sei: Die Deutschen betrieben eine Revision der Geschichte des Zweiten Weltkrieges, der sich Polen mit einer konzertierten Geschichtspolitik erwehren müsse. Die Schuldige war rasch ausgemacht, Erika Steinbach, die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen und dankbares Feindbild der polnischen Rechten. Vergeblich versicherte Wolfgang Thierse, dass das vom Bundeskabinett beschlossene „sichtbare Zeichen“ zur Erinnerung an Flucht und Vertreibung nicht mit Steinbachs Zentrum gegen Vertreibungen identisch sei. Thierses eindringliches Werben um Polens Mitarbeit wies Ujadowski schroff zurück: „Auch die neue Regierung wird dem Projekt kein europäisches Siegel verleihen“, verkündete der abgewählte Minister selbstgewiss.

Angewandte Geschichtspolitik demonstrierte er mit der Wahl der Begriffe: Statt von „Vertreibung“ sprach er von „Aussiedlung“. Gegen das „sichtbare Zeichen“ brachte Ujadowski das europäische „Netzwerk für Erinnerung und Solidarität“ in Stellung. Dabei zeigte die Kaczyński-Regierung in den vergangenen Jahren kein Interesse an dem von der SPD angestoßenen Projekt, das als Gegenentwurf zu Steinbachs Zentrum gegen Vertreibungen geplant war. Der instrumentelle Meinungswandel verblüffte auch Gesine Schwan, die mit Charme zwischen der Rolle als Moderatorin und

Diskussionsteilnehmerin wechselte und dann das Gespräch über die abwesende Frau Steinbach im Hause Ottomeyer vorantrieb.

So viel Politik verschreckte die deutschen und französischen Historiker, die immer wieder zur wissenschaftlichen Selbstbeschränkung mahnten. Dabei zeigte das Beispiel Polen, wie Historiker durch politische Entscheidungen gesellschaftlich aufgewertet werden.

Die Kaczyński-Regierung forderte ausdrücklich, den Nationalstolz und das Geschichtsbewusstsein zu stärken. Um das zu erreichen, initiierte sie Geschichtsmuseen und Denkmäler, reformierte Lehrpläne und baute staatliche Einrichtungen wie das „Institut des Nationalen Gedenkens“ aus, das zahlreiche Historiker beschäftigt. Die affirmative Geschichtspolitik wird von vielen jüngeren Historikern und Publizisten unterstützt, während die älteren, von der Volksrepublik geprägten Kollegen, mehrheitlich gegenüber den staatlichen Initiativen skeptisch sind.

Die seit zwei Jahren anhaltende Debatte über den Nutzen und den Nachteil der Geschichtspolitik für die polnische Nation wiederholten Dariusz Gawin, stellvertretender Direktor für den Warschauer Aufstand, und Jerzy Holzer, der eindringlich vor staatlich dekretierten Geschichtsbildern warnte. Wie groß die Unkenntnis und die Missverständnisse im trilateralen Dialog sind, zeigte Étienne François' Loblied auf das zivilgesellschaftliche Engagement, das er als Korrektiv staatlicher Ansprüche auf die Geschichtsdeutung pries.

Dass organisierte Opfergruppen und Interessenverbände mit ihren geschichtspolitischen Ansprüchen aber auch massive zwischenstaatliche Konflikte schüren können, belegt das vom Bund der Vertriebenen geforderte Zentrum gegen Vertreibungen. In Polen, wo die Zivilgesellschaft immer noch schwach ist, misstraut man den nichtstaatlichen Akteuren ohnehin. Ein Kulturverein wie Borussia, der sich um die Pflege des multiethischen Erbes Ostpreußens und Masuriens kümmert, wird von den Nationalkonservativen in Warschau noch immer des Partikularismus verdächtigt. Wojciech Roszkowski, Historiker und Abgeordneter im Europaparlament, bekräftigte ausdrücklich die Verantwortung des polnischen Staats für das Geschichtsbewusstsein seiner Bürger. Gegen die deutsch-französische Verklärung der Zivilgesellschaft hilft ein Blick auf die stärkste nichtstaatliche Organisation Polens: Das maßgeblich durch Spenden finanzierte „Radio Maryja“ ist kein Vorkämpfer für eine offene und plurale Gesellschaft, sondern ist berüchtigt für fremdenfeindliche und antisemitische Ressentiments.

(\*Quelle: Andreas Mix, Zivilisiertes Erinnern. Jede Menge Konfliktstoff: eine Konferenz zur Geschichtspolitik in Deutschland, Frankreich und Polen im internationalen Vergleich, Berliner Zeitung, Nr. 264, 12.11.2007

© Berliner Zeitung